

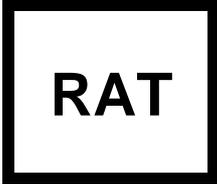
**Niederschrift**

über die Sitzung des Rates  
Sitzungskennziffer: XV / 27  
Tag der Sitzung: Dienstag, 24.06.2008

**Sitzung** Rathaus, Ratssaal

Dauer der Sitzung: 17:30 Uhr bis 19:48 Uhr  
Unterbrechungen: keine  
Anwesende: sh. beiliegende Anwesenheitsliste Anlage 1

Vorsitz: Bürgermeister Ferdi Gatzweiler  
Schriftführer: Thomas Moll



**RAT**

---

**Tagesordnung:**

a) Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Gatzweiler stellt fest, dass der Rat der Stadt beschlussfähig ist.

b) Feststellung der form- und fristgerechten Ladung sowie der ordnungsgemäßen Bekanntmachung der Sitzung

Bürgermeister Gatzweiler stellt weiter fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung form- und fristgerecht ergangen sowie die öffentliche Bekanntmachung der Sitzung ordnungsgemäß erfolgt ist.

c) Beschlussfassung über die Tagesordnung

Herr Gatzweiler führt aus, dass die Tagesordnung im öffentlichen Teil der Sitzung um die Tagesordnungspunkte A) 2e, 2f erweitert werden soll. Im nichtöffentlichen Sitzungsteil soll der Tagesordnungspunkt B) 3 von der Tagesordnung abgesetzt werden.

**Sodann beschließt der Rat einstimmig die Tagesordnung wie folgt abzuwickeln:**

**A) Öffentliche Sitzung:**

1. Einwohnerfragestunde (längstens 30 Minuten)
2. Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen
  - a) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.05.2008 betr. die Umbesetzung im Beschwerdeausschuss (sh. Vorlage für die Sitzung des HA am 27.05.2008, TOP A) 2 a)

- b) Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.05.2008 betr. die Umbesetzungen im Jugendhilfeausschuss  
(sh. Vorlage für die Sitzung des HA am 27.05.2008, TOP A) 2 b)
  - c) Antrag der SPD-Fraktion vom 15.05.2008 betr. die Umbesetzung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt  
(sh. Vorlage für die Sitzung des HA am 24.06.2008, TOP A) 2 a)
  - d) Antrag der FDP-Fraktion vom 26.05.2008 betr. die Umbesetzung im Rechnungsprüfungsausschuss  
(sh. Vorlage für die Sitzung des HA am 24.06.2008, TOP A) 2 b)
  - e) Antrag der SPD-Fraktion vom 09.06.2008 betr. Benennung eines neuen 2. stellv. Stellvertreter im Ausschuss für Schule und Kultur  
(sh. Vorlage für die Sitzung des HA am 24.06.2008, TOP A) 2 c)
  - f) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.06.2008 betr. die Umbesetzung im Ausschuss für Schule und Kultur  
(sh. Vorlage für die Sitzung des HA am 24.06.2008, TOP A) 2 d)
3. Erlass einer Satzung über die Festsetzung des Kassenkredites 2008  
(sh. Vorlage für die Sitzung des HA am 27.05.2008, TOP A 3)
  4. Erlass einer Aufhebungssatzung  
(sh. Vorlage für die Sitzung des HA am 27.05.2008, TOP A 5)
  5. Rahmenpersonalplanung bis zum Jahr 2017  
(sh. Vorlage für die Sitzung des HA am 22.04.2008, TOP A 20)
  6. Entscheidung über die Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2008  
(sh. Vorlage für die Sitzung des HA am 24.06.2008, TOP A) 3)
  7. Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2008  
(sh. Vorlage für die Sitzung des HA am 24.06.2008, TOP A) 4)
  8. Beratung und Beschlussfassung über das Investitionsprogramm 2007-2011  
(sh. Vorlage für die Sitzung des HA am 24.06.2008, TOP A) 5)
  9. Stellenplan 2008  
(sh. Vorlage für die Sitzung des HA am 24.06.2008, TOP A) 6)
  10. B-Plan 150 "Baumarkt Mauerstraße" und 86. Änderung FNP  
hier: Durchführung des Verfahrens durch die Stadt; Mittelbereitstellung;  
Beschluss zur Einleitung des Verfahrens zur Teilaufhebung des Sanierungsgebietes  
(siehe Vorlage für die Sitzung des ASVU am 12.06.2008, TOP A) 3
  11. Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 8 "Prämienstraße"  
hier: Teilaufhebung; Beschluss zur Einleitung des Aufhebungsverfahrens gem.  
§ 13 BauGB und Auslegungsbeschluss gem. § 13 (2) BauGB

(siehe Vorlage für die Sitzung des ASVU am 12.06.2008, TOP A) 4

12. Erlass einer Abweichungssatzung für den Ausbau im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 112 gelegenen Stichweges der Straße Weißdornweg  
(sh. Vorlage für die Sitzung des HA am 24.06.2008, TOP A) 10)
13. Aufschaltung des Notrufes auf die städteregionale Leitstelle  
(sh. Vorlage für die Sitzung des HA am 24.06.2008, TOP A) 11)
14. Kommunalen Kinder- und Jugendförderplan Stolberg  
hier: Personal- und Betriebskostenförderung für die offene Kinder- und Jugendarbeit der evangelischen Kirchengemeinde  
(sh. Vorlage für die Sitzung des JHA am 19.06.2008, TOP A 8)
15. Antrag der Elterninitiative Zauberkiste Zweifaller Straße  
(sh. Vorlage für die Sitzung des JHA am 19.06.2008, TOP A 2)
16. Einrichtung einer Planstelle  
hier: Koordinierungsstelle für die Seniorenarbeit in Stolberg  
(sh. Vorlage für die Sitzung des HA am 24.06.2008, TOP A) 14)
17. Erweiterung des Seniorenbeirates  
(sh. Vorlage für die Sitzung des HA am 24.06.2008, TOP A) 15)
18. Sammlung, Transport und Vermarktung von kommunalem Altpapier aus der Stadt Stolberg;  
hier: Beitritt zum Zweckverband Regio-Entsorgung  
(sh. Vorlage für die Sondersitzung des HA am 10.06.2008, TOP A) 1)
19. Änderung der Abfallentsorgungssatzung der Stadt Stolberg Rheinland in der Fassung der 3. Nachtragssatzung vom 30.08.2005  
(sh. Vorlage für die Sitzung des HA am 24.06.2008, TOP A) 17)
20. Externe Gebührenberechnung  
(sh. Vorlage für die Sitzung des HA am 24.06.2008, TOP A) 18)
21. Brandschutzbedarfsplan und Abgabe des Krankentransportdienstes an den Kreis Aachen  
(sh. Vorlage für die Sondersitzung des HA am 22.04.2008, TOP A) 19)
22. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates;  
Mitteilungen

#### **B) Nichtöffentliche Sitzung:**

1. Vertragsverlängerung / Zuschuss für Musikschule  
(sh. Vorlage für die Sitzung des HA am 24.06.2008, TOP B) 1)
2. Zusammenarbeit mit der Caritas Lebenswelten GmbH  
(sh. Vorlage für die Sitzung des HA am 24.06.2008, TOP B) 2)

3. Seniorenzentrum  
hier: Geschäftsführung  
(sh. Vorlage für die Sitzung des HA am 24.06.2008, TOP B) 3)

- abgesetzt -

4. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates;  
Mitteilungen
- 

#### **A) Öffentliche Sitzung:**

1. Einwohnerfragestunde (längstens 30 Minuten)

Herr Weber aus Euskirchen, Weingartenstraße 8, meldet sich zu Wort und richtet an Bürgermeister Gatzweiler einige Fragen. Bürgermeister Gatzweiler bietet an, diese in einem persönlichen Gespräch mit ihm zu beantworten.

#### **Anmerkung der Verwaltung**

Ein persönlicher Termin mit Herrn Weber ist bereits vereinbart.

2. Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen

- a) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.05.2008 betr. die Umbesetzung im Beschwerdeausschuss

#### **Beschluss:**

**Der Rat der Stadt beschließt einstimmig, zukünftig anstelle von Frau Anne Schwan-Hardt, neu Herr Mario Wissel, Auf der Liester 21, 52223 Stolberg, für den Beschwerdeausschuss zu bestellen.**

- b) Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.05.2008 betr. die Umbesetzungen im Jugendhilfeausschuss

#### **Beschluss:**

**Der Rat der Stadt beschließt einstimmig:**

1. **zukünftig anstelle von Herrn Dietmar Havenith, neu Frau Anne Schwan-Hardt, Gressenicher Straße 156, 52224 Stolberg, für den Jugendhilfeausschuss zu bestellen.**
2. **zukünftig anstelle von Frau Anne Schwan-Hardt, neu Frau Katharina Hitz, Sillebend 26, 52224 Stolberg, für den Jugendhilfeausschuss zu bestellen.**

- c) Antrag der SPD-Fraktion vom 15.05.2008 betr. die Umbesetzung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt einstimmig, anstelle von Herrn Dirk Schieren, Diepenlinchener Str. 3, 52224 Stolberg, jetzt neu, Herrn Rolf Engels, Mühlenrötschen 4, 52223 Stolberg, als originäres Mitglied in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt zu bestellen.

- d) Antrag der FDP-Fraktion vom 26.05.2008 betr. die Umbesetzung im Rechnungsprüfungsausschuss

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt einstimmig, anstelle von Herrn Bernhard Engelhardt, Prämienstraße 237, 52223 Stolberg, jetzt neu, Herrn Peter Steffens, Jägerhausstraße 14, 52224 Stolberg, als originäres Mitglied in den Rechnungsprüfungsausschuss zu bestellen. Gleichzeitig wird Herr Bernhard Engelhardt als stellvertretendes Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses bestellt.

- e) Antrag der SPD-Fraktion vom 09.06.2008 betr. Benennung eines neuen 2. stellv. Stellvertreter im Ausschuss für Schule und Kultur

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt einstimmig, anstelle des bisherigen 2. stellv. Mitgliedes Herrn Peter Fischer, Bischofstraße 35, 52223 Stolberg, jetzt neu, Frau Andrea Müller, Friedrich-Ebert-Str. 8, 52222 Stolberg, als 2. stellv. Mitglied in den Schulausschuss zu bestellen. Gleichzeitig wird Herr Peter Fischer als 3. stellv. Mitglied im Schulausschuss bestellt.

- f) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.06.2008 betr. die Umbesetzung im Ausschuss für Schule und Kultur

Der Rat der Stadt beschließt einstimmig, anstelle des bisherigen stellv. Mitgliedes Frau Marita Matousek, Alter Markt 1, 52222 Stolberg, jetzt neu, Frau Anne Schwan-Hardt, Gressenicher Straße 156, 52224 Stolberg, als stellv. Mitglied in den Ausschuss für Schule und Kultur zu bestellen.

3. Erlass einer Satzung über die Festsetzung des Kassenkredites 2008

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt mit 45 Stimmen bei 3 Gegenstimmen (NPD/DVU), die am 10.04.2008 von Herrn Bürgermeister Ferdi Gatzweiler und einem Ratsmitglied getroffenen dringliche Entscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW zur Erhöhung des Höchstbetrages der Kassenkredite von 80.000.000 | auf 90.000.000 | im Wege einer Satzung (Anlage 2 der Niederschrift) über die Festsetzung des Kassenkredites zu genehmigen.

#### 4. Erlass einer Aufhebungssatzung

##### **Beschluss:**

**Der Rat der Stadt beschließt einstimmig, den Erlass der als Anlage 3 der Niederschrift beigefügten Satzung über die Aufhebung der Zweckwidmung als Wirtschaftsweg für die auf den Grundstücken Gemarkung Gressenich, Flur 43, Flurstücke 121 und 122, befindlichen Wegeflächen.**

#### 5. Rahmenpersonalplanung bis zum Jahr 2017

Herr Grüttemeier bringt zum Ausdruck, dass die CDU-Fraktion beabsichtigt den Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht mitzutragen. Grund dafür sei, dass die Fragen aus der Hauptausschusssitzung vom 22.04.2008 zum o.g. TOP nicht ausreichend beantwortet seien.

##### **Beschluss:**

**Der Rat der Stadt beschließt mit 30 Stimmen bei 18 Gegenstimmen (CDU, NPD/DVU)**

- **die Rahmenpersonalplanung bis zum Jahr 2017;**
- **im Verwaltungsbereich jährlich zwei Ausbildungsstellen im Bereich Verwaltungsfachangestellte und eine Ausbildungsstelle im Bereich des gehobenen nichttechnischen Dienstes einzurichten;**
- **die Verwaltung zu beauftragen, für die Kooperation im Bereich der Aus- und Fortbildung zusammen mit der Stadt Eschweiler ab dem Jahr 2008 jährlich 10.000,00 € zur Verfügung zu stellen.**

#### 6. Entscheidung über die Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2008

Es liegen keine Einwände gegen den Entwurf der Haushaltssatzung vor.

#### 7. Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2008

Für die CDU-Fraktion hielt Ratsmitglied Grüttemeier die der Niederschrift als Anlage 4 beigefügte Haushaltsrede.

Für die SPD-Fraktion hielt Ratsmitglied Wolf die der Niederschrift als Anlage 5 beigefügte Haushaltsrede.

Für die Fraktion Bündnis90/Die Grünen hielt Ratsmitglied Stahl die der Niederschrift als Anlage 6 beigefügte Haushaltsrede.

Ratsmitglied Kloubert hielt die der Niederschrift als Anlage 7 beigefügte Haushaltsrede.

Ratsmitglied Wirtz äußert, dass er es für keinen guten politischen Stil halte, wenn die Opposition als größte Ratsfraktion beginnt ihre Haushaltsrede zu halten.

Ratsmitglied Nießen ist verwundert über die Ausführungen des Ratsmitgliedes Wirtz. Seit 30 jähriger Mitgliedschaft im Rat war es immer schon so, dass die stärkste Ratsfraktion zu Beginn ihre Haushaltsrede gehalten hat. In diesem Jahr sei die Situation für die CDU-Fraktion halt etwas unglücklicher, da sie die stärkste Ratsfraktion sei und gleichzeitig die Opposition stellt.

Bürgermeister Gatzweiler weißt nochmals daraufhin, dass man in der Verwaltung netto 30 Stellen eingespart habe und damit im Kreis führend sei. Herr Grüttemeier agiere allein aus politischem Kalkül so. Er stelle sich die Frage, wo eigentlich die Vorschläge der CDU zur Haushaltsplanung seien. So dann ließt Bürgermeister Gatzweiler den Text der Haushaltssatzung vor und lässt anschließend darüber abstimmen.

**Beschluss:**

**Der Rat der Stadt beschließt mit 27 Stimmen bei 21 Gegenstimmen (CDU, UWG, NPD/DVU) der Haushaltssatzung 2008 (Anlage 8 der Niederschrift), wie von der Verwaltung vorgelegt, unter Berücksichtigung der vorgelegten Änderungsliste (Anlage 9 der Niederschrift), zuzustimmen.**

8. Beratung und Beschlussfassung über das Investitionsprogramm 2007-2011

**Beschluss:**

**Der Rat der Stadt beschließt mit 27 Stimmen bei 21 Gegenstimmen (CDU, UWG, NPD/DVU), dem Investitionsprogramm 2007-2011 in der Fassung des von der Verwaltung vorgelegten Entwurfes unter Berücksichtigung der Änderungen, die sich aufgrund der beschlossenen Haushaltssatzung 2008 ergeben haben, zuzustimmen**

9. Stellenplan 2008

**Beschluss:**

**Der Rat der Stadt beschließt mit 30 Stimmen bei 18 Gegenstimmen (CDU, UWG) den Stellenplan für das Haushaltsjahr 2008 gemäß den Stellenübersichten, wie sie im Entwurf der Haushaltssatzung beigefügt sind, zu beschließen.**

10. B-Plan 150 "Baumarkt Mauerstraße" und 86. Änderung FNP

hier: Durchführung des Verfahrens durch die Stadt; Mittelbereitstellung;  
Beschluss zur Einleitung des Verfahrens zur Teilaufhebung des  
Sanierungsgebietes

**Beschluss:**

**Der Rat der Stadt nimmt die Ausführungen der Verwaltung zum Sachstand Bau- und Gartenmarkt zur Kenntnis und beschließt auf Empfehlung des Hauptausschusses mit 45 Stimmen bei 3 Gegenstimmen (NPD, RM Prußeit), die Verwaltung mit der Durchführung des Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 150 „Baumarkt Mauerstraße“ und der 86. Änderung des FNP sowie der Ausschreibung und Vergabe der Ing.-Leistungen zu beauftragen.**

**Die Mittelbereitstellung in Höhe von zunächst 50.000,-€ für Ing.-Leistungen zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 150 „Baumarkt Mauerstraße“ sowie der 86. Änderung des FNP erfolgt im Rahmen der Beschlussfassung über den Haushalt**

in HA am 24.06.2008.

**Auf Empfehlung des Hauptausschuss beschließt der Rat der Stadt mit 45 Stimmen bei 3 Gegenstimmen (NPD, RM Prußeit), den Beschluss zur Einleitung des Verfahrens zur Teilaufhebung des förmlich festgelegten Sanierungsgebietes Industriemuseum „Zinkhütter Hof“ für den aus Anlage 2 der Vorlage hervorgehenden Bereich zu fassen und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung des Verfahrens.**

11. Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 8 „Prämienstraße“

hier: Teilaufhebung; Beschluss zur Einleitung des Aufhebungsverfahrens gem. § 13 BauGB und Auslegungsbeschluss gem. § 13 (2) BauGB

**Beschluss:**

**Auf Empfehlung des Hauptausschusses nimmt der Rat der Stadt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt einstimmig:**

- 1. den Beschluss zur Einleitung des Aufhebungsverfahrens im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB für den aus der zeichnerischen Darstellung hervorgehenden Teilbereich des VEP Nr. 8 „Prämienstraße“ zu fassen und**
- 2. die Verwaltung mit der Durchführung der öffentlichen Auslegung gem. § 3 (2) BauGB sowie der Beteiligung gem. § 4 (2) BauGB zu beauftragen.**

12. Erlass einer Abweichungssatzung für den Ausbau im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 112 gelegenen Stichweges der Straße Weißdornweg

**Beschluss:**

**Auf Empfehlung des Hauptausschusses beschließt der Rat der Stadt mit 43 Stimmen bei 3 Gegenstimmen (NPD/DVU) und 2 Enthaltungen (UWG), den Erlass der als Anlage 1 der Vorlage beigefügten Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen für den Ausbau des im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 112 gelegenen Stichweges der Straße Weißdornweg (Abweichungssatzung) zu beschließen.**

13. Aufschaltung des Notrufes auf die städteregionale Leitstelle

Frau Nießen erklärt, dass die SPD-Fraktion der Auffassung sei, dass die Leitstelle in Stolberg verbleiben soll.

Herr Emonds, UWG, dagegen spricht sich für eine Aufschaltung des Notrufes aus.

Herr Prußeit ist der Meinung, dass dieses Thema kein Anlass dafür sei, sich über Personalkosten Gedanken zu machen. Hier geht es um Menschenleben. Er sei uneingeschränkt dafür die Leitstelle in Stolberg zu halten.

Herr Grüttemeier bringt zum Ausdruck, dass die CDU-Fraktion ebenfalls nicht für eine Aufschaltung sei. Die CDU-Fraktion beantragt deshalb, die Sommerpause zu nutzen um die Stellungnahme des Landrates inhaltlich und juristisch prüfen zu lassen und um dann nach der Sommerpause im Hauptausschuss neu beraten zu können.

Bürgermeister Gatzweiler entgegnet, dass es zur Prüfung nicht erst eines Antrages bedarf. Er lässt zunächst über den weitestgehenden Antrag der CDU-Fraktion

abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

ja	21 Stimmen (CDU, UWG, NPD/DVU)
nein	26 Stimmen
Enthaltungen	1 Stimme (Bürgermeister)

Nach Ablehnung des Antrages lässt Bürgermeister Gatzweiler über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt mit 40 Stimmen bei 5 Gegenstimmen (UWG, NPD/DVU) und 3 Enthaltungen (RM Wirtz und Wolf und Bürgermeister) der Aufschaltung des Notrufes auf die stäteregionale Leitstelle nicht zuzustimmen.

14. Kommunalen Kinder- und Jugendförderplan Stolberg

hier: Personal- und Betriebskostenförderung für die offene Kinder- und Jugendarbeit der evangelischen Kirchengemeinde

**Beschluss:**

Auf Empfehlung des Hauptausschusses beschließt Rat der Stadt einstimmig:

1. die offene Jugendarbeit in den Jugendeinrichtungen Bergstrasse und im Stadtteil Mausbach der evangelischen Kirchengemeinde Stolberg weiterhin in den Jahren 2009 und 2010 mit einem jährlichen Personal- und Betriebskostenzuschuss in Höhe von 11.248,-- i zu fördern,
2. die Verwaltung zu beauftragen, für die Jahre 2009 und 2010 die Vereinbarung mit der Evangelischen Kirchengemeinde Stolberg auf der Grundlage des in der Anlage zur Vorlage beigefügten Vertrages zu verlängern.

15. Antrag der Elterninitiative Zauberkiste Zweifaller Straße

**Beschluss:**

Auf Empfehlung des Hauptausschusses beschließt der Rst der Stadt mit 44 Stimmen bei 4 Gegenstimmen (FDP), zur Sicherung des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz im innerstädtischen Bereich, den Trägeranteil der Elterninitiative ab dem Kindergartenjahr zu 01.08.2008 mit bis zu 9.000,-- i jährlich durch die Stadt Stolberg zu übernehmen.

16. Einrichtung einer Planstelle

hier: Koordinierungsstelle für die Seniorenarbeit in Stolberg

**Beschluss:**

Auf Empfehlung des Hauptausschusses beschließt der Rat der Stadt einstimmig, im Stellenplan 2008 im UA 400 eine unbefristete Planstelle für eine/einen verantwortliche/n Mitarbeiterin/Mitarbeiter für die Koordinierungsstelle der Seniorenarbeit einzurichten.

17. Erweiterung des Seniorenbeirates

**Beschluss:**

**Auf Empfehlung des Hauptausschusses beschließt der Rat der Stadt einstimmig, die Erweiterung des Seniorenbeirates um einen Vertreter des Deutschen Roten Kreuzes als 13. stimmberechtigtes Mitglied.**

18. Sammlung, Transport und Vermarktung von kommunalem Altpapier aus der Stadt Stolberg:

hier: Beitritt zum Zweckverband Regio-Entsorgung

**Beschluss:**

**Der Rat der Stadt beschließt einstimmig, die am 10.06.2008 durch den Hauptausschuss getroffene dringliche Entscheidung nach § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW betreffend die Sammlung, den Transport und die Vermarktung des Altpapiers ab dem 01.01.2009 durch den Zweckverband Regio-Entsorgung durchführen zu lassen.**

19. Änderung der Abfallentsorgungssatzung der Stadt Stolberg Rheinland in der Fassung der 3. Nachtragssatzung vom 30.08.2005

**Beschluss:**

**Auf Empfehlung des Hauptausschusses beschließt der Rat der Stadt einstimmig, den Erlass der 4. Nachtragssatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Stolberg (Rhld.) vom 21.06.2000 gemäß der Vorlage beigefügten Anlage 1 mit Wirkung zum 01.07.2008 zu beschließen.**

20. Externe Gebührenberechnung

Herr Wolf führt aus, dass die Berechnung der Abwassergebühren eine Kernaufgabe der Verwaltung sei und auch weiterhin im eigenen Hause durchgeführt werden sollte. Die SPD-Fraktion beantragt deshalb, den Beschlussvorschlag der Verwaltung dahingehend zu verändern, dass die Abwassergebührekalkulation für 2009, die im Hause zu erstellen ist, durch ein externes Fachbüro testiert werden soll.

Herr Prußeit schließt sich dem geänderten Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion an.

Herr Kunkel, NPD, signalisiert ebenfalls, dass die Angelegenheit im Hause geregelt werden muss.

Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen schließt sich ebenso dem Antrag der SPD-Fraktion an.

Herr Grüttemeier teilt mit, dass sich die CDU-Fraktion dem Antrag der SPD anschließt.

Bürgermeister Gatzweiler lässt daraufhin zunächst über den weitestgehenden Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

ja  
nein

1 Stimme (Bürgermeister)  
47 Stimmen

Nach Ablehnung des Beschlussvorschlages der Verwaltung, lässt Bürgermeister Gatzweiler über den gestellten Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

**Beschluss:**

**Der Rat der Stadt beschließt einstimmig, analog 2008 die Abwassergebührenkalkulation für 2009, die im Hause zu erstellen ist, durch ein externes Fachbüro testieren zu lassen.**

21. Brandschutzbedarfsplan und Abgabe des Krankentransportdienstes an den Kreis Aachen

**Beschluss:**

**Der Rat der Stadt beschließt einstimmig:**

- 1. die von der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen zur Sicherstellung des Brandschutzes im Bereich der Stadt Stolberg,**
- 2. die Abgabe des Krankentransportdienstes an den Kreis Aachen,**
- 3. die Verwaltung zu beauftragen, umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit hinsichtlich der Mitgliederwerbung im Bereich Jugendfeuerwehr zu betreiben.**

22. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates; Mitteilungen

Hierzu liegen keine Wortmeldungen vor.

**B) Nichtöffentliche Sitzung:**

.....

Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, schließt Herr Gatzweiler die Sitzung um 19:48 Uhr.

Gatzweiler	Moll
Bürgermeister	Schriftführer

Der Niederschrift sind folgende Anlagen beigefügt:

Anlage 1: Anwesenheitsliste - Sitzung

Anlage 2: Satzung über die Festsetzung des Kassenkredites 2008

Anlage 3: Satzung über die Aufhebung der Zweckwidmung als Wirtschaftsweg

- Anlage 4: Haushaltsrede der CDU-Fraktion
- Anlage 5: Haushaltsrede der SPD-Fraktion
- Anlage 6: Haushaltsrede der Fraktion Bündnis90/Die Grünen
- Anlage 7: Haushaltsrede des Ratsmitgliedes Kloubert
- Anlage 8: Haushaltssatzung 2008
- Anlage 9: Änderungsliste zur Haushaltssatzung 2008

# Anlage 1

zur Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt Stolberg (Rhld.)

Sitzungskennziffer        XV/27

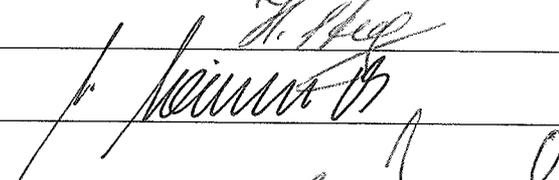
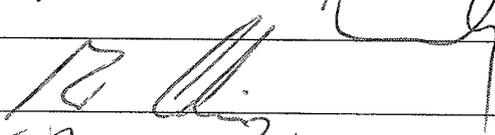
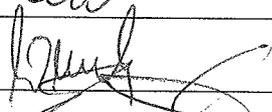
Tag der Sitzung:            Dienstag, 24.06.2008

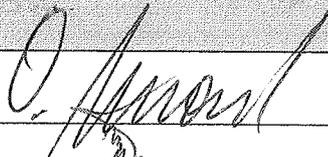
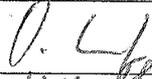
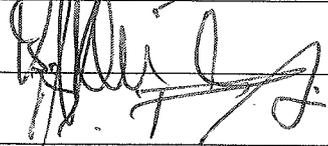
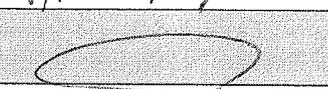
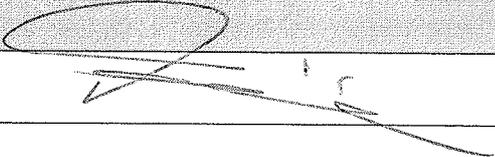
Ort der Sitzung:            Rathaus, Ratssaal

Dauer der Sitzung von    17:30 Uhr            bis    19:48 Uhr

Unterbrechung der Sitzung von            bis

Lfd. Nr.	Name	Unterschrift
1	Call, Rosemarie	R. Call
2	Creyels, Bernhard	B. Creyels
3	Engels, Willi	W. Engels
4	Grendel, Ben	B. Grendel
5	Grüttemeier, Tim	T. Grüttemeier
6	Hahn, Ludwig	L. Hahn
7	Keller, Elisabeth	E. Keller
8	Kirch, Paul Matthias	P. Kirch
9	Kleinen, Jürgen	J. Kleinen
10	Kratz, Klaus-Friedrich	K. Kratz
11	Lüttecke, Hildegard	H. Lüttecke
12	Pietz, Siegfried	S. Pietz
13	Siebertz, Hans-Josef	—
14	Studer, Christian	—
15	Von der Stein, Markus	Markus von der Stein
16	Wahlen, Karina	K. Wahlen
17	Wirtz, Axel	A. Wirtz
18	Wolf, Klaus Dieter	K. Wolf
19	Zimmermann, Horst	H. Zimmermann

SPD		
20	Bougé, Karl-Josef	Josef
21	Brümmer, André	
22	Göbbels, Hans Peter	
23	Grosche, Helmut	H. Grosche
24	Hansen, Josef	J. Hansen
25	Kaußen, Paul-Heinz	Kaußen
26	Kleinlein, Hans	Hans Kleinlein
27	Liepertz, Andrea	A. Liepertz
28	Nießen, Hildegard	Hildegard Nießen
29	Offermann, Edmund	E. Offermann
30	Peters, Martin-Georg	M. Peters
31	Scholten, Marion	M. Scholten
32	Steg, Hildegard	
33	Wienands, Manfred	M. Wienands
34	Wolf, Dieter	
35	Wüller, Manfred	
36	Zakowski, Hanne	Hanne Zakowski
FDP		
37	Chantré, Jens	J. Chantré
38	Conrads, Axel	
39	Engelhardt, Bernhard	
40	Steffens, Peter	Peter Steffens
Grüne		
41	Bürger, Rita	
42	Hirtz, Katharina	Katharina Hirtz
43	Stahl, Marita	M. Stahl

<b>UWG</b>		
44	Emonds, Hans	
45	Fink, Hans-Jürgen	
<b>NPD</b>		
46	Harf, Oliver	
47	Kunkel, Willibert	
<b>Fraktionslose</b>		
48	Motter, Rudolf	
49	Kloubert, Bert	
50	Prußeit, Mathias	
<b>Bürgermeister</b>		
51	Gatzweiler, Ferdi	

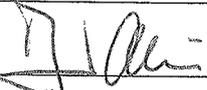
Es fehlen entschuldigt oder unentschuldigt:

Lfd. Nr.	Name	Lfd. Nr.	Name
1	Siebertz, Hans-Joachim	4	
2	Studer, Christian	5	
3	Kratz, Klaus	6	

Sonstige Teilnehmer:

Lfd. Nr.	Name	Lfd. Nr.	Name
1		3	
2		4	

Teilnehmer der Verwaltung:

Lfd. Nr.	Name	Lfd. Nr.	Name
1		7	
2		8	
3		9	
4		10	
5		11	
6		12	

*Anlage 2*

## Satzung

über die Festsetzung des Kassenkredits

für die Stadtkasse der Stadt Stolberg für das Kalenderjahr 2008

Aufgrund der §§ 7 und 41 (1) f) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der derzeit gültigen Fassung hat der Bürgermeister und ein Ratsmitglied im Rahmen einer dringlichen Entscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW am 10.04.2008 folgende Kassenkreditsatzung beschlossen.

### § 1

#### Kassenkredit

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 2008 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 90.000.000 € festgesetzt.

### § 2

#### Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit Ablauf des ersten Tages des Aushangs an den Bekanntmachungstafeln am Rathaus, Rathausstraße 11-13, 52222 Stolberg in Kraft. Diese Satzung gilt über das Haushaltsjahr hinaus bis zum Erlass einer neuen Kassenkreditsatzung. Gleichzeitig tritt die Kassenkreditsatzung vom 18.01.2007 außer Kraft.

### **Bekanntmachungsanordnung**

Vorstehende Satzung über die Festsetzung des Kassenkredits für die Stadtkasse der Stadt Stolberg für das Kalenderjahr 2008 wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Beschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Stolberg vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Stolberg (Rhld.), den 10.04.2008



Ferdi Gatzweiler  
Bürgermeister

Anlage 3

Satzung

der Stadt Stolberg (Rhld.) vom

über die Aufhebung der Zweckwidmung als Wirtschaftswege

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.94 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 3. Mai 2005 (GV.NRW. S. 498), sowie § 2 des Gesetzes über die durch ein Auseinandersetzungsverfahren begründeten gemeinschaftlichen Angelegenheiten (GemAngG) vom 09.04.1956 (GV. NRW. 1956 S. 134/SGV. NRW. 7815) hat der Rat der Stadt Stolberg (Rhld.) in seiner Sitzung am (Datum des Ratsbeschlusses) folgende Aufhebungssatzung beschlossen:

Die im "Rezess in der Umlegungssache von Gressenich - G 75 -" festgelegte Zweckwidmung als Wirtschaftsweg wird für die auf den folgenden Grundstücken (Bezeichnung im Umlegungsverfahren) befindlichen Wegen aufgehoben:

	Gemarkung	Flur	Flurstück(e)	Lage
	Gressenich	43	121	Im Winkel
	Gressenich	43	122	Im Winkel

Diese Wege sind in dem Lageplan, der Bestandteil dieser Satzung ist, dunkel hervorgehoben dargestellt.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung, die gem. § 7 Abs. 1 Satz 2 GO NRW in Verbindung mit § 2 Satz 2 GemAngG durch den Landrat des Kreises Aachen als Untere Staatliche Verwaltungsbehörde in Aachen am xx.xx.xxxx genehmigt worden ist, wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der GO NRW beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Stolberg (Rhld.) vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Stolberg, den xx.xx.xxxx

Der Bürgermeister

Ferdi Gatzweiler



Gemarkung Gressenich  
 Flur 43  
 Flurstück 121, 122

Stadt Stolberg - Vermessungsamt  
 28.04.2008  
 Maßstab 1:1000

## Redemanuskript zum Haushalt 2008

Es gilt das gesprochene Wort!

Herr Bürgermeister,

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

- Sehr geehrter Herr Dr. Zimdars,
- Während der Dezembersitzung des Rates im vergangenen Jahr haben Sie versprochen, dass uns der Haushalt 2008 irgendwann im Frühjahr, „aber in jedem Fall vor den Sommerferien“ vorgestellt werden würde.
- Heute haben wir den 24. Juni. Übermorgen beginnen die Sommerferien.
- Wenn auch in einem Foto-Finish, so haben sie zumindest dieses Versprechen eingehalten.
- Das war es dann leider aber auch schon.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

- Gestatten Sie mir zum Beginn meiner Ausführungen einen Rückblick auf einen Zeitungsartikel vom 26. Februar die-

## sen Jahres anlässlich des Rechnungsergebnis des Jahres 2007:

- **O-Ton Dr. Zimdars:** „Wir haben das Anwachsen der Deckungslücke umgekehrt“. Einen ausgeglichenen Haushalt sahen sie noch im Februar in greifbarer Nähe. Nur „ob wir das schon in diesem Jahr schaffen, werden wir sehr genau überprüfen.“
  - **O-Ton Dieter Wolf:** „Die Quadratur des Kreises ist gelungen. [...] Wir bringen die Finanzen ins Lot.“
  - **O-Ton Hildegard Nießen:** „Die Neuverschuldung wurde soweit gesenkt, dass sie der Höhe der Tilgung entspricht.“
  - **O-Ton Bert Kloubert:** „Wir machen Politik mit Augenmaß.“
- Hintergrund dieser schönen Worte war, dass die Stadt Stolberg das Haushaltsjahr 2007 mit einem Defizit von 3 Mio. Euro abgeschlossen hat.
  - Sie haben sich feiern lassen, weil sie den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt verkaufen wollten, dass es Ihnen gelungen ist, die Finanzen der Stadt in den Griff zu bekommen.
  - Schon damals hat die CDU darauf verwiesen, dass ihre Entscheidungen im Rat auf das Ergebnis dieses Haushaltes keinen Einfluss hatten, sondern ausschließlich mit den gestiegenen Steuereinnahmen in allen öffentlichen Haushalten und einmaligen Effekten, wie den Erlösen aus dem Holzverkauf nach dem Sturm „Kyrill“, zu tun hatten.
  - Sie haben dies damals abgetan und darauf gepocht, dass Ihnen die Haushaltssanierung gelungen sei. Kollege Axel

Conrads von der FDP argumentierte damals sogar im Hauptausschuss, dass der FDP nun in dieser Mehrheit gelungen sei, was mit der CDU nicht möglich war: Die Sanierung des Stolberger Haushaltes!

- Gute 3 Monate später, haben wir dann überrascht den Haushaltsentwurf 2008 gelesen, der auf einmal eine Unterdeckung von über 8 Mio. Euro in diesem und sogar von 10-12 Mio. Euro in den Folgejahren aufweist
- Hier drängen sich doch mehrere Fragen auf:
- Warum wird in einer Stadt, die ihren Haushalt nicht im Griff hat, der Haushalt für das Jahr 2008 erst im Sommer 2008 beraten, obwohl man aufgrund der NKF Einführung weiß, dass dieser Haushalt nur ein halbes Jahr Gültigkeit haben wird?
- Seit Wochen wird der Haushalt zwischen Bürgermeister, Kämmerer und Ratsmehrheit abgestimmt. Warum erhalten die übrigen Ratsmitglieder den Haushalt gerade einmal 3 Wochen vorher, wie eine gewöhnliche Vorlage?
- Warum lassen sich Bürgermeister und Kämmerer Ende Februar als Haushaltssanierer feiern, wenn sie keine 3 Monate später einen derartigen Haushalt vorlegen? Wussten Sie im Februar etwa nichts von dem Defizit des Jahres 2008?
- Meine Damen und Herren, auch wenn Sie durch die Stadt gezogen sind und den Menschen verkaufen wollten, dass sie die Finanzen im Griff haben, legt der Haushalt 2008

schonungslos die wahre finanzielle Situation der Stadt Stolberg offen:

- Die Gesamtverschuldung der Stadt ist trotz **Steuereinnahmen, die sprudeln wie schon lange nicht mehr und ebenfalls gestiegener Schlüsselzuweisungen**, auf über 191 Millionen Euro gestiegen.
- Bereits vor einem Monat mussten die **Kassenkredite der Stadt auf 90 Millionen Euro** erhöht werden.
- Damit haben sich die **kurzfristigen Verbindlichkeiten der Stadt unter der Führung von Bürgermeister Gatzweiler mehr als verdoppelt!**
- Das jährliche strukturelle Defizit der Stadt Stolberg beträgt **über 8 Millionen Euro!**
- Verblüffend ist, wie Bürgermeister und Mehrheit dieses Rates darauf reagieren:
  - *Eine fundierte Analyse der Haushaltssituation? Sucht man vergeblich!*
  - *Eine Perspektive, wie man den ausufernden Schulden Herr werden kann? Kein Wort hierüber!*
  - *Ernste Anstrengungen das Defizit zu senken? Nicht erkennbar*
- Der Kämmerer verweist seit Jahren auf seine schon von unterschiedlichen Mehrheiten des Rates abgelehnte Bodennutzungsideen und Bürgermeister und Mehrheit fügen Haushaltspositionen ein, die den „kleinen“ Ver-

**dacht aufkommen lassen, dass es Ihnen nicht um die Haushaltssanierung, sondern um die Kommunalwahlen im nächsten Jahr geht**

- Im Rahmen des Haushaltskorridors finden sich daher interessanten Ausgaben. Die Verfügungsmittel des Bürgermeisters werden auf mehrere Einzelpositionen verteilt, im Bereich Kultur finden sich plötzlich Ausgaben von 20.000 Euro für weitere Veranstaltungen, ein Posten über 3.000 Euro trägt sogar den schönen Namen „Sonstige Events“, was immer das heißen mag. In diesem Zusammenhang stellt sich schon die Frage, warum wir den Vertrag mit der Max Krieger GmbH abgeschlossen haben?
- Bemerkenswert ist es auch, dass sich Personalkosten von mehreren hunderttausend Euro in diesem Ausgabenkorridor befinden. Die Frage muss hier erlaubt sein: Warum sind diese nicht in den Personalausgaben der Stadt aufgeführt? Offensichtlich wird hier versucht, die Personalkosten geringer darzustellen, als sie es in Wahrheit sind.
- Überhaupt sind ihre Ausführungen zum Stellenplan und zur Rahmenpersonalplanung bezeichnend, da sie nicht einmal den Versuch unternehmen, den ausufernden Personalkosten Herr zu werden. Tarifsteigerungen werden nicht berücksichtigt, die Kosten der ARGE werden bei den Einnahmen dazugerechnet, bei den Ausgaben aber vergessen, die Kindertageseinrichtungen bleiben außen vor, Personalkosten von mehreren hunderttausend Euro wandern in die freiwilligen Ausgaben. Kurzum, sie tricksen und schieben hier an allen Ecken und Enden, um den Eindruck zu erwecken, dass sie die Personalkosten gesenkt hätten. In Wahrheit

sind die Personalkosten unter ihrer Amtsführung stark gestiegen!

- Weiterhin werden die Zuschüsse für die Vereine erhöht, neue Zuschüsse für Karnevalsveranstaltungen werden eingeführt, ein Jugendbus wird zu den doppelten Kosten wie in Eschweiler angeschafft, die Ausgaben für Ehrungen der freiwilligen Feuerwehr steigen ein Jahr vor der Wahl plötzlich sprunghaft an usw. usw.
- **All dies zeigt, dass sie die Zeichen der Zeit nicht erkannt haben. Und das obwohl sie in Stolberg die Verantwortung tragen wollen und selbst außenstehende Institutionen wie die IHK deutlicher die Zusammenhänge im Stolberger Haushalt darstellen können, als sie!**
- Meine Damen und Herren, dieser Haushalt ist ein **Ausdruck politischen Scheiterns** des Bürgermeisters, des Kämmerers und der Mehrheit im Rat und daher wird die CDU diesem Haushalt nicht zustimmen.
- Die bisherigen Ausführungen des Bürgermeisters und der Mehrheit sind bezeichnend. Das „gute Ergebnis“ 2007 lag nicht an den starken Steuereinnahmen, aber das „schlechte Ergebnis“ 2008 liegt an der gestiegenen Kreisumlage.
- Wie wir in einem Schreiben von vor wenigen Tagen dann erfahren haben, soll noch mal 1 Mio. Euro fehlen, die angeblich das KIBIZ Gesetz der Landesregierung Schuld ist.

- Alleine hiermit zeigen Sie, dass Sie, Herr Bürgermeister und ihre Mehrheit, nicht mehr die Kraft und den Willen haben den Haushalt der Stadt in den Griff zu kriegen
- Bürgermeister und Kämmerer schieben die Schuld auf andere, so wie sie das immer tun
- War es bei den Kanalgebühren noch eine eigene Mitarbeiterin der Verwaltung, haben sie diesmal zumindest externe Schuldige gesucht.
- Der Kreis ist schuld wegen der Kreisumlage, auch wenn hierbei gerne vergessen wird, dass die Minderausgaben der Kreisumlage im Jahr 2007 zu dem besseren Ergebnis geführt haben und die eigene SPD Kreistagsfraktionen einen Haushaltsentwurf eingebracht hat, der sogar eine höhere Kreisumlage vorsah. Auch wird gerne übersehen, dass die Umlage des Landschaftsverbandes, übrigens mit Stimme von SPD/FDP und Grünen beschlossen, großen Einfluss auf die Höhe der Kreisumlage hat.
- Ebenfalls trägt das Land und das neue KIBIZ schuld, dass vor 5 Tagen festgestellt wurde, dass noch eine Million im Haushalt fehlt. Zum Glück, Herr Dr. Zimdars, finden die Haushaltsberatungen nicht nach den Sommerferien statt, wer weiß wie viele Millionen sie in den 6 Wochen noch finden würden. Verschwiegen wird bei der Vorlage, dass KIBIZ in anderen kreisangehörigen Städten zu wesentlich geringeren Mehrbelastungen führt. Antworten warum das so ist, sucht man vergebens.

- Verblüffend ist, dass der Bürgermeister sich sogar auf die Hilfe des Regierungspräsidenten freuen. Dies alleine zeigt, dass sie sich gedanklich schon in den Ruhestand verabschiedet haben. Ein Bürgermeister, der sich darüber freut, dass er in Zukunft einen Aufpasser bekommt, der ihm bei jeder Entscheidung die Hand führt, hat seinen Willen zur Gestaltung verloren.
- In dieses Bild passt auch, dass Bürgermeister und Kämmerer sich freuen, dass die städtischen Gebühren demnächst extern berechnet werden. Hier stellt sich schon die Frage, was die beiden eigentlich demnächst noch so machen und wofür sie bezahlt werden?
- Was auch immer sie den ganzen Tag so tun, ein Jahr wird es noch dauern bis Sie, verehrter Herr Bürgermeister, dann auch körperlich in den Ruhestand folgen können. Die Stadt hat dann voraussichtlich 60-70 Mio. Euro Schulden mehr als zu Beginn ihrer Amtszeit und sie werden in die Geschichtsbücher eingehen als der „teuerste Bürgermeister, den Stolberg je hatte“!
- Unser Dank gilt den Mitarbeitern der Verwaltung, die an diesem Haushalt mitgearbeitet haben und die versuchen das Beste aus der Ideenlosigkeit der Verwaltungsspitze zu machen!
- Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

## STELLUNGNAHME DER SPD FRAKTION ZUM HAUSHALT 2008 IN DER RATSSITZUNG VOM 24.06.2008.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren!

Mit dem Haushalt 2008, den wir heute verabschieden, bleiben Sozialdemokraten mit ihren Partner auf Kurs: Vorfahrt für Bildung und Schule, Kinder- und Familienfreundlichkeit als Markenzeichen unserer Stadt, Null Toleranz gegenüber fremdenfeindlichem und rassistischem Gedankengut.

Mit fast 5 Mio. Euro erweitern wir die Hauptschule Kogelshäuser Str. und machen sie fit für den erweiterten Ganztagsunterricht und sichern die Zukunftsfähigkeit der Realschule I durch eine Erweiterung, die auch Multifunktionsräume zum Inhalt hat, die eine künftige Übermittags- und Nachmittagsbetreuung ermöglichen. In den letzten Jahren haben wir auf beispielhafte Art und Weise unsere Schulen erweitert, modernisiert und ertüchtigt. Dennoch bleibt die Frage, ob unser heutiges Schulsystem den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird? Die demografische Entwicklung und alle vorliegenden Studien sprechen eine klare Sprache: Alle Schulen müssen Ganztagschulen werden und zwar wesentlich schneller als es die zaghaften Toppelschritte der Regierung Rüttgers vorsehen, gemeinsam länger lernen heißt, unsere Kinder nach ihren individuellen Möglichkeiten fördern, der Geburtenrückgang öffnet die Chance für eine verbesserte Schüler-Lehrer Relation und kleinere Klassen. Bildung muss beitrags- und gebührenfrei sein; der Geldbeutel der Eltern darf nicht die Bildungschancen unserer Kinder bestimmen. Wir fordern die CDU auf, den ideologischen Stellungskrieg im Interesse unserer Kinder endlich zu beenden und sich an einer sachorientierten Diskussion zu beteiligen.

Kindertagesstätten sind für uns Bildungseinrichtungen. Wir wollen einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz nach dem ersten Lebensjahr und die schrittweise Beitragsfreiheit für die Kitas. Es ist deshalb konsequent, dass wir die finanziellen Mehrbelastungen durch KIBITZ nicht mit weiteren Beitragserhöhungen beantwortet haben. Statt dessen wir haben als ersten Schritt die Einkommensgrenzen für die Beitragsfreiheit von 12.700 € auf 16.000 € angehoben. Der Ausbau der Betreuungsangebote für die unter Dreijährigen wurde begonnen und wir stellen die notwendigen Gelder zur Verfügung, um bestehende Einrichtungen kleinkindgerecht auszustatten.

Mit ca. 800.000 erweitern wir die Kita

Franziskusstrasse um zwei weitere Gruppen. Die Erweiterung der Kitas zu Familienzentren stößt bei uns auf breite Zustimmung. Angesichts der Aufgabenfülle dieser Zentren ist die Finanzausstattung der Regierung Rüttgers mit 1.000 € monatlich leider völlig unzureichend.

In der Jugendarbeit haben wir deutlich Flagge gezeigt und drücken weiter aufs Tempo. Die Schaffung von drei zusätzlichen Stellen im Allg. Sozialen Dienst setzte ein Zeichen. Wir konnten so beginnen, ein netzwerkgestütztes Frühwarnsystem aufzubauen zur Erkennung oder besser Vermeidung von Kindesmisshandlungen und Kindesvernachlässigung. Das neue Begrüßungspaket für Neugeborene ist ein wichtiger Baustein, der über den HH 2008 finanziert wird.

In dieser Legislaturperiode wurden bislang offene Jugendtreffs auf dem Donnerberg, in Mausbach und Gressenich erstellt. Um Generationenkonflikte zu entschärfen, um Jugendliche zu erreichen, die sich noch nicht in Gemeinschaftsaktivitäten einbinden lassen, haben wir die Einstellung eines neuen Mitarbeiters für die sog. „Zugehende Jugendarbeit“ erreicht. Ein nächster Schritt ist im HH 2008 verankert: nämlich der Einsatz eines Jugendbusses, der als mobiler Treffpunkt u. als

mobile Beratungsstelle in den Stadtteilen eingesetzt werden wird.

Im vergangenen Jahr wurden 250.000 € in Spielplätze investiert. Es hat sich viel getan für unsere Kinder. Im Jahr 2008 werden wir dafür sorgen, dass auch in Büsbach den Kindern wieder Platz zum Spielen gegeben wird, nachdem das Spielgelände an der Bischofsstrasse nicht mehr zur Verfügung steht. Der Spielplatz am Wimblech wird ebenfalls 2008 fertig gestellt und auch die stark frequentierte Spielanlage am Rathaus wird saniert.

Auch Stolberg wird älter. Die Zahl der Senioren steigt. Im HH 2008 stellen wir die Weichen für eine professionelle Seniorenbetreuung. Wir schaffen eine zentrale Anlaufstelle, ein Senioreninfo - Center im Rathaus für alle Fragen, die ältere Menschen und ihre Angehörigen bewegen. Beratungs- und Hilfsangebote werden gebündelt, ein Netzwerk aufgebaut mit freien Trägern und sonstigen Institutionen, die Seniorenarbeit leisten, koordiniert von einer hauptamtlichen Fachkraft. Dieser Schritt wird die Arbeitsbedingungen der vielen ehrenamtlichen Helfer in unserer Stadt entscheidend verbessern, denen wir auch an dieser Stelle herzlich für ihre verdienstvolle Arbeit danken.

In unserem Stadtteil Velau zeigen sich seit Jahren wirtschaftliche, soziale und städtebauliche Probleme. Die Bürgerinitiative „Velau- Wir... in unserem Viertel“ hat das Ziel den Abwärtstrend zu stoppen und dem Stadtteil das positive Erscheinungsbild früherer Jahrzehnte zurückzugeben. Die Aufnahme des Stadtteils in das Bundesländerprogramm „Soziale Stadt, das unter Federführung von Staatssekretär Großmann eingeführt wurde, ist der entscheidende Impuls, das ehrenamtliche Engagement auf finanziell tragfähige Beine zu stellen. Rund 1.4 Mio.€ stehen in den nächsten Jahren bereit, um die Wende zum Besseren zu schaffen. Das Projekt „ Soziale Stadt“ ist ein wichtiger Baustein, das Leben von Menschen

unterschiedlicher Herkunft und sozialer Situation zu gestalten. Mit dem Haushalt 2008 stellen wir den städt. Finanzierungsanteil sicher.

Die sinnvolle Vernetzung von Professionalität und ehrenamtlichem Engagement demonstriert auch der Tourismusbereich. Nachdem 2007 konzeptionell gearbeitet und ein schlüssiges Tourismuskonzept fertig gestellt wurde sind wir nun in der Umsetzung. Die Touristeninformation im Foyer des EWV Gebäudes ist geschaffen, ein neues Erscheinungsbild, einschließlich Internetauftritt und Prospekte wird entwickelt, ein Nordic-Walking-Park, Wohnmobilstellplatz und eine optimale touristische Ausschilderung sind die nächsten Bausteine. Der HH 2008 stellt auch hier die finanziellen Mittel bereit.

Die SPD Fraktion begrüßt die Fusionsaktivitäten unserer Fußballvereine. Fusionen oder Spielgemeinschaften bündeln Kräfte und steigern die Leistungsstärke. Bei Überlegungen wie dieser Prozess durch Optimierung verbleibender Sportstätten oder Errichtung neuer, moderner Sportstätten begleitet wird, müssen kreative Wege beschritten werden, in Zeiten leerer Kassen. Als ein Beispiel nennen wir die Möglichkeit im Rahmen von Public, Private Partnerships (PPP) überzählig werdende Sportstätten als Bauland zu vermarkten und die Erlöse für den Sportstättenbau zu verwenden. Wir stehen „Gewehr bei Fuß“ Modellvorhaben im genannten Sinne zu unterstützen.

Die Umgestaltung des Stadthallenvorplatzes ist ein wichtiger Schritt für die Aufwertung des Stadtbildes und der Aufenthaltsqualität in der Innenstadt. Das neue Gesicht dieser Platzumgebung wird ausstrahlen in Richtung Bastinsweiher und Rathausstrasse. Mit der Realisierung des Burgcenters, der Kaufland Ansiedlung, den Parkplätzen am oberen Steinweg erhält die

Innenstadt als Standort von Handel und Gewerbe eine neue Chance. Die Stadt geht mit den Strukturverbesserungen voran. Sie schafft es aber nicht allein. Die privaten Immobilienbesitzer müssen jetzt folgen und ebenfalls die Maßnahmen ergreifen und umsetzen, die in Gutachten der letzten Jahre detailliert beschrieben und gefordert werden.

Dem offensichtlichen und weitergehenden Handlungsbedarf in der Innenstadt entsprechen wir, in dem wir ein integriertes Handlungskonzept auf den Weg gebracht haben und über den HH 2008 finanzieren.

Aber auch die Stadtteile kommen nicht zu kurz. Zur Strukturverbesserung, zur Erhöhung der Wohn- und Aufenthaltsqualität steht das

Stadtteilentwicklungskonzept Mausbach vor der Fertigstellung, es gibt Überlegungen für Büsbach und Zweifall, die ebenfalls mittelfristig umsetzbar sind. Bewusst wurde die Erarbeitung nicht bereits in ein finanzielles Korsett gepresst, sondern Kreativität sollte sich entfalten. Jetzt müssen wir wünschenswertes und finanziell Machbares in Einklang bringen und Zuschüsse einfordern, ohne die es nicht gehen wird.

In allen Stadtteilen wird über zunehmende Verkehre geklagt mit all seinen negativen Facetten: gefährdete Fußgänger, Radfahrer, Geräuschbelästigungen u.a.m. Vielfältige Maßnahmen in unseren Nachbarstädten drohen nicht weniger sondern noch mehr Verkehre nach Stolberg zu leiten.

Wir haben uns aufgemacht, Sünden der Vergangenheit aufzuarbeiten. Stolberg wurde bezüglich Ortsteilumgehungen und Kreisverkehre sträflich vernachlässigt.

Voraussetzung für die Wende zum Besseren sind schlüssige, regional konsensfähige Verkehrskonzepte, deren Realisierung Stolberg bei Land und Kreis energisch betreiben wird. Mit dem Verkehrskonzept für unsere östlichen Stadtteile ist ein guter Anfang gemacht. Konzepte für weitere Bereiche müssen folgen. Dennoch

verschweigen wir nicht: Bei Umsetzung und Realisierung gehen wir leider nicht auf eine Sprintstrecke sondern in ein Langstreckenrennen. Wenn die CDU das Gegenteil behauptet, redet sie die Lage schön und verschweigt, dass die entscheidenden Weichenstellungen in Düsseldorf und nicht in Stolberg erfolgen müssen.

Leider hindert uns die schwierige Haushaltssituation in 2008 allen Notwendigkeiten gerecht zu werden. Wir sind der Weisung der Kommunalaufsicht nachkommen, auch in diesem Jahr die sog. freiwilligen Ausgaben um 3 % zu reduzieren.

Zusammenfassend für diese Legislaturperiode haben wir keinen Anlass bei der Haushaltskonsolidierung in Sack und Asche zu gehen.

Unter CDU Verantwortung ab 2002 stiegen die Deckungslücken von jährlich 7 Mio € auf 18 Mio € dramatisch an. Unter unserer Verantwortung bremsten wir schon 2005 den Anstieg ab und reduzierten ihn bis 2007 auf 2.7 Mio €.

Leider setzt sich diese positive Entwicklung 2008 nicht fort. Der Grund liegt in steigenden Ausgaben, die wir in Stolberg nicht beeinflussen können:

- der Tarifabschluss belastet uns 2008 mit 850.000 €. Dennoch auch an dieser Stelle: die Tarifierhöhung ist angemessen. Der öffentliche Dienst hat über Jahre Sparrunden akzeptiert und steigende Lebenshaltungskosten hingenommen. Diese Gehaltserhöhung war überfällig und angemessen.
- Die Kreisumlage steigt um 3.1 Mio €. Wann endlich stoppt die CDU den Raubzug ihres Landrates durch die Kassen der Kommunen? Hätte die Kreisumlage dem Durchschnitt in Nordrhein-
- Westfalen in den letzten Jahren entsprochen, wären 17 Mio € in den Kassen unserer Stadt verblieben.
- Die Zuweisungen des Landes reduzieren sich 2008 um 500.000 €.

- Das völlig missratene Kibitz Gesetz der CDU Landesregierung belastet unseren Haushalt 2008 mit weiteren 375.000 €. Diese Belastung wird in den kommenden Jahren auf ca. 900.000 € steigen. Erneut verstößt die Landesregierung gegen das Prinzip: Wer die Musik bestellt, der muss sie auch bezahlen. Wir stützen deshalb Überlegungen, das Land NRW zu verklagen wegen des Verstoßes gegen das Konnexitätsprinzip, das durch Art. 78 der Landesverfassung verpflichtend ist.

Es ist deshalb grotesk, wenn Kreis und Land Kritik an der kritischen finanziellen Lage unserer Stadt äußern, die sie selbst maßgeblich mit herbeigeführt haben.

Die Konsolidierungserfolge seit 2005 sind auch keineswegs ausschließlich auf vermehrte Steuereinnahmen zurückzuführen, wie es von es CDU wahrheitswidrig behauptet; sie sind auch das Ergebnis unserer Bemühungen vor Ort:

- die aufgezeigten Einsparpotentiale der Gemeindeprüfanstalt wurden größtenteils umgesetzt
- mit nur noch einem Wahlbeamten in der Verwaltungsspitze setzen wir Maßstäbe in der Region
- wir haben die Personaleinsparungsmaßnahmen von Bürgermeister Gatzweiler politisch gestützt und begleitet
- wir haben ab 2009 die Verkleinerung des Rates auf den Weg gebracht und damit einen Sparbeitrag der Politik geleistet
- durch eine Vereinbarung mit dem Landschaftsverband übernimmt dieser den Betriebskostenzuschuss für das Industriemuseum und ebenfalls für den außerschulischen Lernort, den Beitrag Stolbergs zur EUREGIONALE 2008
- durch personelle und organisatorische Änderungen arbeitet das Seniorenzentrum wirtschaftlicher ohne Qualitätsverlust. Die Einsparung beträgt mehrere

100.000 € jährlich. Dieser Erfolg wurde gegen den polemischen Widerstand der CDU erstritten.

Wir nehmen die angebotene Hilfe des Regierungspräsidenten bei der weiteren Haushaltskonsolidierung unvoreingenommen an und erwarten interessiert seine Vorschläge, wie er die unserer Stadt übertragene Aufgabenerfüllung nachhaltig und strukturell mit der notwendigen Finanzausstattung in Einklang bringen will.

Die SPD Fraktion stimmt dem HH 2008, einschließlich der Änderungsliste in der vom Bürgermeister vorgelegten Form zu. Wir danken Herrn Dr. Zimdars und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die vorbereitenden Arbeiten, die sie mit großem Engagement geleistet haben.

Sehr geehrter Bürgermeister,  
Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Von dem Tag an, an dem die Gestaltungsmehrheit ihre Arbeit aufgenommen hat, konnten wir sehr häufig in der Zeitung lesen: Die Gestaltungsmehrheit ist am Ende!

Das war und ist sicherlich der größte Wunsch und schönste Traum der Opposition. Aber, wir wissen ja: Träume sind Schäume.

Denn wir sind entschlossen, unsere gute Zusammenarbeit in der Gestaltungsmehrheit fortzusetzen.

Die CDU hatte die Gelegenheit, Verantwortung zu übernehmen.

Dafür sind sie ja eigentlich auch gewählt worden.

Sie können sich für diese Weigerung, Verantwortung zu übernehmen bei ihrem früheren Fraktionsvorsitzenden bedanken. Ob allerdings, die CDU mit ihrem derzeitigen Fraktionsvorsitzenden verantwortungsbereiter und damit regierungsfähiger gewesen wäre, überlassen wir der Spekulation.

Sie haben es vorgezogen, den Wählern, die ihnen bei der Kommunalwahl eine Quittung verpasst haben, eben diese zurückzugeben, nach dem Motto: Wenn ihr uns nicht ordentlich wählt, dann werden wir auch nicht ordentlich arbeiten.

Was einem dann als Fraktion noch bleibt, ist der berühmte Rückzug in den politischen Schmollwinkel.

Ob dies ihre Aktien bei der nächsten Wahl aber steigen lässt, ist mehr als fraglich.

SPD, FDP, Grüne und ABS haben in Stolberg in den vergangenen Jahren (nach der Kommunalwahl) viel erreichen können:

- Wir haben die ‚mobile Jugendarbeit‘ wieder eingeführt.
- Wir haben ein Tourismuskonzept quasi aus dem Nichts entwickelt.
- Es ist uns gelungen, Max Krieger als Kulturmanager zu gewinnen und nach Stolberg zu holen.
- Selbstverständlich haben wir ein Tourismusbüro eröffnet.
- Das Hallenbad wurde familienfreundlicher und behindertengerecht umgestaltet.

Und wir gestalten weiter:

Was werden wir mit dem Haushaltskonzept 2008 umsetzen?

Ich greife (aus Zeitgründen) nur zwei bedeutsame Themen auf, die jedoch auch für andere Bereiche stehen:

- Für die Jugendlichen in unserer Stadt schaffen wir einen Jugendbus an, der die einzelnen Jugendtreffpunkte in den Außenbezirken ansteuert.
- Mit der Einrichtung des Seniorenbüros verbinden wir fachliche und finanzielle Aspekte:
  - Zum einen möchten wir hiermit erreichen, dass die passenden Angebote unter einem Dach zusammengefügt werden – und somit die älteren Bürgerinnen und Bürger nicht von Hinz nach Kunz laufen müssen.
  - Zum anderen, haben wir natürlich auch ein Interesse daran, das Zuschussmittel – die immer auch Steuermittel sind – sachgerecht zum Einsatz kommen. D.h., es soll damit zukünftig verhindert werden, dass ein und dasselbe

Angebot für die Nutzer (die Bürger/innen) von verschiedenen Verbänden unterbreitet wird.

Neben den Jugendlichen und den Senioren möchte ich kurz noch etwas zu einer weiteren großen gesellschaftlichen Gruppe sagen; den Schülern in unserer Stadt.

Und hier zeigen sich die oft fatalen Wirkungen einer ideologischen Landespolitik:

Die passende Schulform bestimmen in unserem Bundesland (NRW) nicht mehr die Eltern oder Lehrer. Vielmehr wird diese von der Landtagsmehrheit politisch vorgegeben.

Die bedauerlichen Folgen können wir in Stolberg am Beispiel Kogelshäuser-Schule ablesen:

Nachdem zunächst seitens der Landesregierung noch 1,4 Mio. € für dringend erforderliche Umbaumaßnahmen der Ganztags Hauptschule zugesagt wurden, hat diese nunmehr den Zuschuss auf 750.000 € nahezu halbiert. Die Differenz darf die Stadt Stolberg aus ihrem Etat nun selber beisteuern.

Was ich mir hier von einem Landtagsabgeordneten, der unsere Region und seine Stadt in Düsseldorf zu vertreten hat, <sup>wünsche</sup> ~~wünsche~~, sind keine leeren Versprechungen, sondern Taten, die den Interessen unserer Bürger dienen. Denn genau deshalb wird man als Abgeordneter ja gewählt.

Ich komme auf den Anfang meiner Ausführungen zurück:

Den Titel ‚Gestaltungsmehrheit‘ haben wir uns bekanntlich nicht selber gegeben. Vielmehr wurde er uns von Dritten zugeschrieben.

Aber, ich finde, dies ist eine passende Zuschreibung. Von der Herkunft des Begriffs bedeutet *Gestalten*, sich einer Herausforderung zu stellen.

Und genau dies haben wir bisher getan und werden es auch weiterhin so handhaben.

Deshalb heißt für uns die Alternative nicht regieren oder schmollen, sondern handeln.

Denn: Gestalten heißt handeln!

Handeln – zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger – egal, ob diese ihr Kreuz bei der Wahl bei uns gemachte haben oder nicht.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Marita Stahl,

Stolberg, den 24. Juni 2008

## Haushaltsrede am 24.06.2008

**Bert Kloubert ABS**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und sehr geehrte Damen und Herren Demokratinnen und Demokraten des Rates unserer Heimatstadt Stolberg.

Als sich der neugewählte Stadtrat Ende 2004 konstituierte, hatte die ABS es geschafft, mit mir ein Ratsmandat bekleiden zu dürfen. Auch wenn man darüber streiten mag, ob 233 Stimmen es rechtfertigen ein Mandat zu bekleiden oder nicht, steht doch fest, dass die etablierten Parteien es nicht geschafft hatten, ihre Wählerinnen und Wähler an die Wahlurnen zu bekommen. Unsere Prämisse war und ist:“ Nicht rechts-nicht links-sondern

geradeaus für Stolbergs Bürgerinnen und Bürger!“ So habe ich meine Ratsarbeit aufgenommen.

Die ersten 9 Monate der Legislaturperiode musste ich mit ansehen, wie die größte Fraktion die zweitgrößte Fraktion bei den Haushaltsberatungen zum damaligen Doppelhaushalt hinhielt und letztendlich am Tag der Abstimmung mit einem „Nein“ „vorgeführt“ hat. Da die drei „kleinen“ FDP, Grüne und ABS in der Zwischenzeit ihre Schnittmengen miteinander abgeklopft hatten und gegen Aller Vorhersagen und Erwartungen kompatibel waren, konnte nach kürzester Zeit mit den Schnittmengen der SPD der Stillstand für Stolberg mit der Gestaltungsmehrheit gegenüber den Verweigerern von der CDU aufgehoben werden und die Zukunftsgestaltung unserer Stadt in Angriff genommen werden.

3

Zu diesem Zeitpunkt lag die Gesamtverschuldung Stolbergs bei ca. 155 Mio.€ und die Prognose des Kämmerers für das Jahr 2009 bei einem ausgeglichenen Haushalt. Sollte bedeuten, dass die Ausgaben Ende 2009 die Einnahmen nicht übersteigen würden. Am Anfang unserer Gestaltungstätigkeit schien auch diese Prognose haltbar zu sein, drehte man das Defizit alleine durch Verhandlungen des Kämmerers gegenüber der LEG aus einem jährlichen Defizit beim Seniorenzentrum Liester vom jährlich ca. 300T€; eine Direkteinsparung durch den neuen Mietvertrag von ca. 2,1 Mio.€; und laufend jährlich mindestens auf eine schwarze Null beim Jahresabschluss des Seniorenzentrums, was die Sicherung von Wohnungen und Arbeitsplätzen beinhaltete. Dieses Beispiel steht für einige gute Entwicklungen, wie Gewerbegebiet Camp-Astrid, Schule für



Lernbehinderte (alte Belgische Schule) und Folgekostenübernahme Industriemuseum (künftige jährliche Einsparung ca. 100T€) durch den Landschaftsverband und 30 Stelleneinsparungen einschließlich der Mitarbeiterwechsler zur ARGE. Hier sind insbesondere zu erwähnen, die beiden nicht wiederbesetzten Dezernatsstellen und die der jetzigen Dombauexpertin aus Köln. Alleine diese drei Häuptlingsstellen machen einen enormen Einsparbetrag bei den Personalkosten aus. Mit der Verkleinerung des Rates wurde dem Sparzwang auch auf dieser Seite der Ausgaben Rechnung getragen. Hier spart die Kommune künftig auch jährlich ca. 100T€.

Wenn dann allerdings EU-Richtlinien greifen müssen, wie z.B. neue Brandschutzrichtlinien, die einen Fehlbestand an Feuerwehrmitarbeitern von saldiert 14 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

ergeben( 4 Stellen können durch Umstrukturierungen aufgefangen werden, in dem der Krankentransport ausgelagert wird), was ein Personalkosten-Mehr-Volumen von jährlich ca. 600T€ beinhaltet, dann werden diese Personalkostenverschlinkungen unverschuldet aufgeessen. Ein Beispiel dafür, wie man unserer Stadt in die „Suppe“ spuckt, sieht man bei unserer Schul- und Bildungspolitik , wie z.B. die NRW-Schulministerin vollmundig der Kogelshäuserschule 1,4Mio.€ für die längst überfällige Renovierung und Erweiterung zur Ganztagschule verspricht und die Bezirksregierung nur 730T€ bewilligt. Das Minus von 670T€ muss dann wieder die Stadt bereitstellen. Der selbe RP der uns einen Sparkommissar für den Haushalt schicken möchte. Ob er diesem die gekürzten Mittel im Köfferchen mitgibt?

B.

**Ein Beispiel für die Haushaltsführung unserer CDU-Ratsexperten:**

**Da muss Stolberg Kredite aufnehmen, um seinen gesetzlichen Verpflichtungen aus dem Solidaritätspakt Ost entsprechen zu können und die CDU will 1,7Mio.€ Rückerstattung hieraus, die nur in der Tagespresse stand, geschweige schriftlich avisiert, oder gar auf einem Giro-Konto der Stadt eingegangen war, bereits mit 500T€ an den Handball, 500T€ für einen neuen Fußballplatz zwischen Vicht und Zweifall, sowie 700T€ für das nicht eingehaltene Ministerinnen-Versprechen bei der Kogelshäuserschule verteilen.**

**Das ist ungefähr so seriös, als würde man behaupten:“ Der Teufel säße von innen an der Himmelspforte!“**

**Meine Vorredner der Gestaltungsmehrheit haben noch einige Positivbeispiele (längst überfällige Renovierungsmaßnahmen bei**



Gymnasien, Realschulen, Haupt- und offenen Ganztagsgrundschulen) mehr genannt, die eine positive Entwicklung für Stolberg testieren. Noch nie in der Geschichte Stolbergs mussten so viele Geldmittel in das Bildungssystem investiert werden wie in den letzten 2-3 Jahren, weil die Vorgänger-Stadtregierung, trotz alleiniger Mehrheit, dies nicht für notwendig erachtete, aber an ein veraltetes Schulsystem krampfhaft festhalten will. Mann kann, will man eine zeitgemäße und pulsierende Stadt entwickeln, diese nicht kaputtsparen, oder die Notwendigkeiten auf den St. Nimmerleinstag verschieben und die Probleme AUSSITZEN WOLLEN: Die Quittung für's falsche Sparen bekommen die Nachfolgeregierungen und Generationen.

Nun allerdings kann man noch so viele positive Dinge mit Einsparungen umgesetzt haben wie man will, wenn man den

8

Kommunen von Bund- Land und Kreis mit Gesetzen und Entscheidungen neue Pflichtaufgaben auf die „Augen“ drückt, ohne ihnen aufzuzeigen, wie sie diese finanzieren können, wollen sie ihren Bürgerinnen und Bürgern nicht noch mehr Gebühren und Abgaben abverlangen. Unsere Stadt liegt mit den Bestattungskosten beispielsweise im bundesrepublikanischen Ranking mit an der Spitze und sie sollen um weitere 18% steigen. Wenn dies in Stolberg bei diesem Posten so weiter geht, kommt man nicht umhin, wie beim „Riestern“, eine „Abnippelvorsorgeversicherung“ einzuführen. Nach dem Motto: „Wir Nippeln 30€ monatlich über 50 Jahre“. Sollte man allerdings zwischenzeitlich Arbeitslosengeld II beziehen müssen, wird die Abnippelvorsorge angerechnet und es geht mit dem „Abnippeln“ für die Anverwandten von vorne los, die Bestattung wird um zwei

9

Jahrzehnte vertagt und die Leichnahme werden bis zur Kostendeckung in eventuell noch vorhandenen alten Stolberger-Bergwerksstollen zwischengelagert.

Schon heute ist festzustellen, dass der Leichentourismus zunimmt nach dem Motto:“ Lieber für Jedermann bezahlbar in ausländischer Erde ruhen und so zu sagen in Urlaub sein, als in einer heimischen, illegalen Sondermüldeponien verfallslos gelagert werden!“

Ende 2008 ist ein Fehlbetrag z.Z. in Höhe von 2,750 Mio.€ bei einer gleichbleibenden guten Entwicklung wie in 2007 von der Kämmerei vorhergesagt.

Hätte nicht der Faktor Mensch, mit all seinen Herrlichkeiten aber auch Fehlern erbarmungslos zugeschlagen, wäre lediglich 2007 ein Defizit von 300T€ zu verzeichnen gewesen.

Aus diesem Dilemma haben wir unsere Lehren gezogen, so dass künftig von externen Experten die Gebühren den Bürgern errechnet werden. Man muss sich allerdings die Frage stellen, stimmten die ehemals vorgegebenen Rechenwege, waren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, was das Rechnungswesen anbelangt, ordentlich und ausreichend geschult oder will irgendjemand nicht, dass den Bürgern richtige Rechnungen vorgelegt werden?

Da die Kommunalaufsicht die Gestaltungsmehrheit anwies, diese Fehlberechnung nachzufordern, werden bei Prozessniederlagen auch noch die Rechts- und Prozesskosten auf die Stadt zukommen.

Vielleicht kann man die dem Landrat dann bei der künftigen Kreisumlage abziehen?

Man hatte bei diesem Rechenakt, bei einigen sich anschließenden Vorlagen aus dem

11

Fachbereich das Gefühl, das hier fast Sabotage gegenüber dem Kämmerer im Spiel war.

Allerdings kann man einsparen wollen wie man will, wenn uns der Kreis gegenüber 2007 eine Mehrbelastung bei der Kreisumlage von 3,1 Mio.€ aufbrummt, zwar für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung längst überfällige Tarifsteigerungsleistungen von künftig jährlich ca. 850T€, geringere Schlüsselzuweisungen gegenüber 2007 in Höhe von 500T€, durch Kibiz von Landesminister Laschet CDU jährlich ca. 650T€ Mehrkosten und durch die Übernahme von 3 Katholischen Kindergärten ebenfalls jährliche Folgekosten von 750T€ aufbrummt, ist diese Zielsetzung einzuhalten, wie „Eulen nach Athen“ zu tragen.

P.

Zu diesen 5,850 Mio.€ werden ab 2009 noch höhere Kostenanteile bei den Wohnkostenerstattungen bei ALG II-Empfängern für die Kommunen zukommen. Der Bund will von diesen Kosten, bislang 31% Erstattung, künftig nur noch 29% erstatten. Es sei denn, man kann dem Bund über „Rechenwege“ mehr abverlangen.

Dies wird auch der Supermann von Regierungspräsident Lindlar einsehen müssen, dass sich Landes und Bundeshaushalt nicht auf Kosten der Kommunen sanieren können.

Ferner möchte ich noch anmerken, dass wir die uns von der Kommunalaufsicht auferlegte 3%tige jährliche Kürzung im freiwilligen Ausgabenbereich eingehalten haben und einhalten werden, und dazu noch die jährlichen Preissteigerungen zu kompensieren hatten und haben, was eine

tatsächliche Ausgabenreduzierung von 6-8% zur Folge hat. Mehr Einsparungen sind nicht möglich, will man nicht die Hälfte der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betriebsbedingt kündigen, sofern man dies überhaupt kann.

Der Kreis hat letztes Jahr, wie von Herrn Kreistagsabgeordneten Wolff zu lesen war, mit einem Defizit von 2,5 Mio.€ abgeschlossen. Also derjenige, der uns die Korridore für die freiwilligen Ausgaben genehmigt, bekommt seine Finanzen nicht auf die Reihe und schiebt dies auf die zu geringen Zuteilungsmittel von Landschaftsverband.

Allerdings sollte sich die Verwaltungsspitze ernsthafte Gedanken darüber machen den Anteil von 14,28% an der EWV mit einem derzeitigen Buchwert von ca. 28Mio.€ als Tilgungsalternative für langfristige Darlehen



einzusetzen, bevor es der RP aus Zwangsgründen für uns tut. Noch wäre Stolberg selbst Herr des Verfahrens. Manche Interessenten zahlen den 3-4 fachen Buchwert aus strategischen Gründen. Dann würde die Stadt zwar keine Gewinne hieraus erzielen, jedoch ca. 4Mio.€ jährlich weniger an Zinsen für den Kapitalsdienst zu zahlen haben. Dies würde per Saldo 2Mio.€ ausmachen, die man zur Tilgung von Darlehen verwenden könnte. Ich möchte es allerdings nicht versäumen zu erwähnen, dass es offenbar innerhalb der Verwaltung Mitarbeiter gibt, deren Licht unter den berühmten Scheffel fällt, weil sie sich schlecht „verkaufen“ können. Siehe Energiebericht 2006, aus dem eine kumulierte Einsparung von ca. 1 Mio.€ an Energiekosten hervorging. Hier würden zusätzliche Investitionen in Verbesserung der Energieanlagen weitere Einsparungen

ergeben. Die Mittel die hier eingesetzt werden, werden den Energiemonopolisten künftig nicht in den Rachen geschmissen und das Weltklima dankt es uns.

Eine weitere Einsparmöglichkeit die Schuldentilgungen ermöglicht ist, dass die Fussballvereine unserer Stadt, entsprechend ihrer Topographien und Mitgliederzahlen im Jugend und Seniorenbereich zumindest Nutzungsgemeinschaften bilden. Und wenn der Vorsitzende des Stadtsportverbandes meint, er hätte auf diese Idee ein Copyright, dann hat er vor ca. 30 Jahren noch nicht in Stolberg gelebt, oder es ist ihm aus dem Gedächtnis entfallen, dass mit Columbia Stolberg und der DJK Fr.Fr. bereits eine Nutzungsgemeinschaft perfekt funktioniert hat. Die dadurch überzähligen Sportplätze könnten als Bauland verkauft werden, die Erlöse hieraus zur Finanzierung zeitgemäßer Sportstätte verwendet werden. Hieraus

B.

würde sich ein Einsparpotential an Unterhaltungskosten von jährlich ca. 1,0 Mio.€ ergeben, dass ebenfalls zu Tilgungszwecken verwendet werden könnte.

Um dies zwischen zu finanzieren, könnte Stolberg das „100 Millionen-Landes-Sportprogramm“ in Anspruch nehmen, dass der Landtagsabgeordnete Wirtz in der Öffentlichkeit bereits propagiert hat. Alleine diese beiden Beispiele könnten eine jährliche Tilgung von 3 Mio.€, also etwa 3%, von den dann verbleibenden ca. 100 Mio. Restschulden bedeuten, die Stolberg in eine absehbare Zeit schuldenfrei werden ließ.

Allerdings ist es 5 vor 12, wird nicht ein internes Controlling eingeführt, dass sich die ewigen Mehrkosten zwischen genehmigten Angeboten und Endabrechnungen, denen dem Rat der Stadt andauernd Nachjustierungen bei städtischen Aufträgen

aller Art abverlangt werden. Hier liegt noch sehr viel im Argen und manche „Amigos“ können vor lauter Lachen kaum noch atmen.

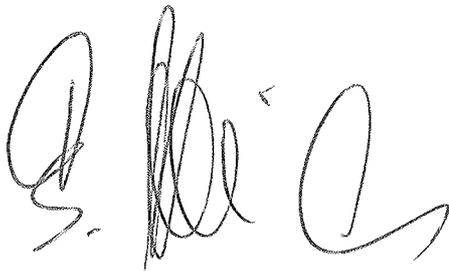
Genau so, wie bei den Fussballvereinen, sollten wir uns ernsthafte Gedanken zu der Vielzahl unserer Schulen machen. Die Schul- und Bildungspolitik der CDU-geführten Landesregierung verschärft noch die demographische Problematik, den erneuten „Pillenknick“. Wenn wir der künftigen Schülerzahlen wegen darüber Überlegungen anstellen müssen, Schulen effektiv zu nutzen bzw. u.U. zu verschmelzen, dann sollte Stolberg auch darüber nachdenken, sollte man dann eine Realschule wegen Schülermangel schließen müssen, diese in eine Gesamtschule umzuwandeln. Wir müssen doch mit dem Klammerbeutel gepudert sein, wenn wir 50% der Schülerinnen und Schüler der Eschweiler-

Gesamtschule, aus Stolberg nach Eschweiler fahren und „pilgern“ lassen.

Umweltexperten könnten auch noch die Einsparung an FCWK und Feinstäube etc. berechnen. Wer allerdings eine Fusion in Stolweiler will, sollte dies sagen. Hiermit ist seiner Zeit allerdings Albert Wegmann als Bürgermeisterkandidat in Eschweiler gescheitert.

In diesem Sinne hoffe ich für unsere Heimatstadt auf eine gute wirtschaftliche Entwicklung und uns 47 Ratsdemokraten ein glückliches Händchen für den Rest der Legislaturperiode.

gez. Bert Kloubert



## Haushaltssatzung der Stadt Stolberg für das Haushaltsjahr 2008

Aufgrund der §§ 78 ff der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), geändert durch Gesetz vom 06. Januar 2005 (GV. NRW. S. 15), hat der Rat der Stadt Stolberg mit Beschluss vom 24.06.2008 folgende Haushaltssatzung erlassen:

### § 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt voraussichtlich eingehenden Einnahmen, zu leistenden Ausgaben und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Verwaltungshaushalt	
in der Einnahme auf	149.801.625 Euro
in der Ausgabe auf	221.409.996 Euro

im Vermögenshaushalt	
in der Einnahme auf	33.160.202 Euro
in der Ausgabe auf	33.160.202 Euro

festgesetzt.

### § 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2008 zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögenshaushalt (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen) erforderlich ist, wird auf 8.883.600 Euro festgesetzt.

### § 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsausgaben und Ausgaben für Investitionsförderungsmaßnahmen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf 967.600 Euro festgesetzt.

### § 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 2008 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, ist gem. Satzung vom 10.04.2008 auf 90 Mio. Euro festgesetzt.

*Dr. J. J. J.* 8

## § 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern sind für das Haushaltsjahr 2008 nach der Hebesatzsatzung vom 19.12.2007 wie folgt festgesetzt:

- |  |          |
|--|----------|
| 1. Grundsteuer   |          |
| 1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf | 248 v.H. |
| 1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf                              | 391 v.H. |
| 2. Gewerbesteuer   | 420 v.H. |

## § 6

Nach den bisher gefassten Beschlüssen zum Haushaltssicherungskonzept ist ein Haushaltsausgleich mittelfristig nicht herzustellen.



Gatzweiler  
Bürgermeister



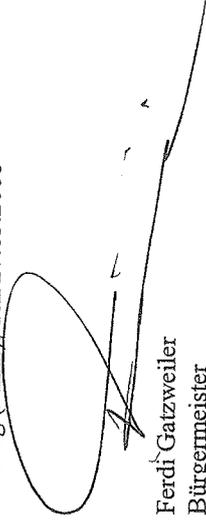
Moll  
Schriftführer

Entwurf der Haushaltssatzung 2008  
aufgestellt gem. § 80 Abs. 1 GO NRW  
Stolberg (Rhd.), den 27.05.2008



Dr. Zimdars  
I. Beigeordneter und Stadtkämmerer

Entwurf der Haushaltssatzung 2008  
bestätigt gem. § 80 Abs. 1 GO NRW  
Stolberg (Rhd.), den 27.05.2008



Ferdi Gatzweiler  
Bürgermeister

Änderungsliste gegenüber dem Etatentwurf 2008 - Verwaltungshaushalt -

HHSt. bzw. UA	Bezeichnung	HH-Ansatz 2008 gem. Entwurf	HH-Ansatz 2008 neu	Verbess. + Verschlecht. -	HH-Ansatz 2009 gem. Entwurf	HH-Ansatz 2009 neu	Verbess. + Verschlecht. -	HH-Ansatz 2010 gem. Entwurf	HH-Ansatz 2010 neu	Verbess. + Ver- schlecht. -	HH-Ansatz 2011 gem. Entwurf	HH-Ansatz 2011 neu	Verbess. + Ver- schlecht. -
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
	<b>Verwaltungshaushalt</b>												
	<b>Einnahmen</b>												
1.0600.16210.7	Erstattung Produkte und Leistungen Region IT Aachen	0	1.833	+1.833	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1.1300.15720.5	Ersatz Brandschaden FGH Büsbach	115.000	145.000	+30.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1.2300.16700.2	Pauschale Getränkeautomat Goethe- Gymnasium	0	500	+500	0	500	+500	0	500	+500	0	500	+500
1.4640.16100.1	Landeszuweisung zu den Betriebskosten für städtische Einrichtungen	1.700.400	1.820.400	+120.000	1.700.400	2.000.400	+300.000	1.700.400	2.000.400	+300.000	1.700.400	2.000.400	+300.000
1.4640.16110.9	Landeszuweisung zu den Betriebskosten für Einrichtungen freier Träger	1.100.000	1.180.000	+80.000	1.100.000	1.300.000	+200.000	1.100.000	1.300.000	+200.000	1.100.000	1.300.000	+200.000
1.4640.16800.6	Erstattung Erhaltungspauschale LZ Sprachförderung in städt. Kindertagesstätten	0	69.220	+69.220	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1.4640.17200.3	Konzessionsabgabe - Elektrizitätsversorgung- Kyrill (F)	25.000	40.000	+15.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1.8100.22000.4	Zuschuss EU Beseitigung Schäden Kyrill (F)	1.400.000	1.456.426	+56.426	1.400.000	1.400.000	0	1.400.000	1.400.000	0	1.400.000	1.400.000	0
1.8550.17800.8		127.700	139.700	+12.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	<b>Einnahmen insgesamt</b>	<b>4.468.100</b>	<b>4.853.079</b>	<b>+384.979</b>	<b>4.200.400</b>	<b>4.700.900</b>	<b>+500.500</b>	<b>4.200.400</b>	<b>4.700.900</b>	<b>+500.500</b>	<b>4.200.400</b>	<b>4.700.900</b>	<b>+500.500</b>
	<b>Ausgaben</b>												
1.0090.66900.7	Fraktionsarbeit	21.700	22.316	-616	21.700	22.316	-616	21.700	22.316	-616	21.700	22.316	-616
1.0220.65010.9	Geschäftsausgaben	21.000	25.500	-4.500	10.000	10.000	0	10.000	10.000	0	10.000	10.000	0
1.0800.65500.0	Arbeitssicherheit	200	1.500	-1.300	200	200	0	200	200	0	200	200	0
1.1300.50200.0	Beseitigung Brandschaden FGH Büsbach	115.000	145.000	-30.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1.1300.52030.0	U. I. Einsatzleitnehmer	4.350	5.350	-1.000	2.500	2.500	0	2.500	2.500	0	2.500	2.500	0
1.4100.66100.5	Erstattung von Unterhaltszahlungen aus Vorjahren	0	7.963	-7.963	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1.4350.52010.5	Gebrauchsgegenstände	0	500	-500	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1.4600.41640.6	Honorare -Jugendbus- (F)	0	7.000	-7.000	0	7.000	-7.000	0	7.000	-7.000	0	7.000	-7.000
1.4600.52210.9	Pädagogisches Material "Jugendbus" (F)	0	2.000	-2.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1.4600.55000.5	Jugendbus - Unterhaltung, Betrieb- (F)	0	8.000	-8.000	0	8.000	-8.000	0	8.000	-8.000	0	8.000	-8.000
1.4600.56210.0	Führerschein Jugendbus (F)	0	2.000	-2.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1.4640.41410.4	Entgelt tariflich Beschäftigte	3.700.000	3.831.250	-131.250	3.885.000	4.200.000	-315.000	4.001.550	4.316.550	-315.000	4.121.596	4.436.596	-315.000
1.4640.43410.5	Zusatzversorgung tariflich Beschäftigte	280.416	297.916	-17.500	276.727	318.727	-42.000	279.494	321.494	-42.000	282.289	324.289	-42.000
1.4640.44430.5	Sozialversicherung tariflich Beschäftigte	769.174	795.424	-26.250	785.799	848.799	-63.000	809.373	872.373	-63.000	833.654	896.654	-63.000
1.4640.41620.4	Sprachförderung in städt. Kindertagesstätten	25.000	40.000	-15.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1.4640.54000.2	Bewirtschaftungskosten Grundbesitz	129.715	209.715	-80.000	136.201	326.201	-190.000	143.011	333.011	-190.000	150.161	340.161	-190.000

Anlage 7

HHSt. bzw. UA	Bezeichnung	HH-Ansatz 2008 gem. Entwurf €	HH-Ansatz 2008 neu €	Verbess. + Verschlecht. - €	HH-Ansatz 2009 gem. Entwurf €	HH-Ansatz 2009 neu €	Verbess. + Verschlecht. - €	HH-Ansatz 2010 gem. Entwurf €	HH-Ansatz 2010 neu €	Verbess. + Ver- schlecht. - €	HH-Ansatz 2011 gem. Entwurf €	HH-Ansatz 2011 neu €	Verbess. + Ver- schlecht. - €
1.4640.57000.9	Beschäftigungsmaterial	27.200	31.800	-4.600	27.200	27.200	0	27.200	27.200	0	27.200	27.200	0
1.4640.57100.5	Sonstige Verbrauchsmittel	26.000	27.060	-1.060	26.000	26.000	0	26.000	26.000	0	26.000	26.000	0
1.4640.63000.1	Betreuungskosten Tagespflege für Kinder gem. § 23 SGB VIII	80.000	89.000	-9.000	80.000	89.000	-9.000	80.000	89.000	-9.000	80.000	89.000	-9.000
1.4640.71800.6	Gesetzliche Betriebskostenzuschüsse für Einrichtungen freier Träger	3.300.000	3.420.000	-120.000	3.300.000	3.590.000	-290.000	3.300.000	3.590.000	-290.000	3.300.000	3.590.000	-290.000
1.5610.54310.0	Fremdreinigung (F)	0	1.500	-1.500	0	1.500	-1.500	0	1.500	-1.500	0	1.500	-1.500
1.5710.57010.5	Verbrauchsmittel (F)	3.500	5.000	-1.500	3.500	3.500	0	3.500	3.500	0	3.500	3.500	0
1.5710.65060.5	Kosten Rechtsstreit Hallenbad (F)	0	2.000	-2.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1.5800.51020.9	U.i. Grünanlagen (Fremdleistungen) (F)	33.000	45.000	-12.000	123.600	45.000	78.600	127.308	45.000	82.308	131.127	45.000	86.127
1.6140.65020.3	Bodenordnung	20.000	29.500	-9.500	10.000	10.000	0	10.000	10.000	0	10.000	10.000	0
1.6750.51000.4	Unternehmerkosten Straßenreinigung	56.193	59.350	-3.157	56.193	56.193	0	56.193	56.193	0	56.193	56.193	0
1.7000.51030.0	Kanal-TV-Untersuchung	58.000	59.754	-1.754	52.000	52.000	0	52.000	52.000	0	52.000	52.000	0
1.7900.71700.8	Zuschuss Kupferstädter Weihnachtsstube (F)	4.900	0	+4.900	4.900	0	4.900	4.900	0	4.900	4.900	0	4.900
1.9200.89200.6	Deckung "vorläufiger" Soll-Fehlbetrag	63.525.300	63.525.300	0	71.497.300	71.608.371	-111.071	83.692.979	84.146.166	-453.187	94.394.031	95.185.626	-791.595
	<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>72.200.648</b>	<b>72.696.698</b>	<b>-496.050</b>	<b>80.298.820</b>	<b>81.252.507</b>	<b>-953.687</b>	<b>92.647.908</b>	<b>93.940.003</b>	<b>-1.292.095</b>	<b>103.507.051</b>	<b>105.133.735</b>	<b>-1.626.684</b>
	<b>Einnahmen insgesamt</b>	<b>4.468.100</b>	<b>4.853.079</b>	<b>+384.979</b>	<b>4.200.400</b>	<b>4.700.900</b>	<b>+500.500</b>	<b>4.200.400</b>	<b>4.700.900</b>	<b>+500.500</b>	<b>4.200.400</b>	<b>4.700.900</b>	<b>+500.500</b>
	<b>Verbesserung/Verschlechterung</b>			<b>-111.071</b>			<b>-453.187</b>			<b>-791.595</b>			<b>-1.126.184</b>

Änderungsliste gegenüber dem Etatentwurf 2008 - Vermögenshaushalt -

FHSt.	Bezeichnung	Mittelfristige Finanzplanung														
		HH-Ansatz 2008 gem. Entwurf	HH-Ansatz 2008 neu	Verb. + Verschl. -	VE 2008 gem. Entwurf	VE 2008 neu	Verb. + Verschl. -	2009 Entwurf	2009 neu	2009 +/-	2010 Entwurf	2010 neu	2009 +/-	2011 Entwurf	2011 neu	2011 +/-
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Vermögenshaushalt																
1.2300.36100.3	Einnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1.2300.36110.0	LZ Mensa Ritzefeld-Gymnasium	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1.2300.36110.0	LZ Mensa Goethe-Gymnasium	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1.6650.34700.9	Kostenbeteiligung Gehweg	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1.9100.37710.4	Erfelstraße	8.350.300	8.883.600	+533.300	0	0	8.659.700	9.465.700	+806.000	6.892.200	6.902.200	+10.000	5.486.100	5.496.100	+10.000	
	Kredite von privaten Unternehmen	8.350.300	8.883.600	+533.300	0	0	8.659.700	9.219.700	+1.060.000	6.892.200	6.902.200	+10.000	5.486.100	5.496.100	+10.000	
1.0600.93500.9	Ausgaben	2.600	8.200	-5.600	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1.0600.93550.5	Bewegl. Anlagevermögen	60.000	120.000	-60.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Einrichtungen Gesamtverwaltung															
	Neues EDV-Verfahren - NKF -															
	(zusätzlich notwendige															
	Programmabpassungen)															
1.1100.93510.6	Bewegl. Anlagevermögen -	0	4.700	-4.700	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1.1300.95430.0	Bürgeramt	0	43.000	-43.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Feuerwehrgarätehaus Werth															
1.2000.93530.0	Sondervermögen Schulen	10.000	20.000	-10.000	0	0	10.000	20.000	-10.000	10.000	20.000	-10.000	10.000	20.000	-10.000	
1.2100.93500.5	Bewegliches Anlagevermögen -	35.800	37.600	-1.800	0	0	35.800	35.800	0	35.800	35.800	0	35.800	35.800	0	
	Grundschulen															
1.2100.95320.8	Energiesparmaßnahmen GS Atesch	257.000	357.000	-100.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1.2300.95540.0	Mensa Ritzefeld-Gymnasium	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1.2300.95550.7	Mensa Goethe-Gymnasium	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1.4600.96110.2	Kinderspielplatz Am Wimblich	0	21.500	-21.500	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1.4600.96140.4	Sanierung Kinderspielplatz	5.000	7.200	-2.200	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1.4640.93670.4	Nelkenweg	15.000	16.000	-1.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1.4640.95000.6	Bewegl. Anlagevermögen städt.	678.000	692.500	-14.500	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Kindergärten															
	Erweiterung KiGa Franziskusstr.															
	Baukosten															
1.4640.96050.8	Außenspielbereich Kindergarten	40.000	270.000	-230.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1.6020.93500.0	Franziskusstraße	270.000	273.100	-3.100	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1.6120.93510.4	Straßen- und Grünflächenkaster	0	600	-600	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Bewegliches Anlagevermögen															
1.6150.94120.6	Vermessungsamt	0	50.000	-50.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	B-Plan 150															
	Cockertillstraße/Mauerstraße															
1.6300.96120.0	(ASVU 12.06.08)	48.000	50.500	-2.500	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Regionalbahn Eisenbahn-															
	Kreuzungsmaßnahmen															
1.6300.96420.0	Erschließung Am Wimblich	34.000	47.000	-13.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1.6650.96030.4	Gehweg Eifelstraße	0	110.000	-110.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1.7000.96700.9	Kanalsanierung	2.900.000	2.700.000	+200.000	0	0	2.900.000	2.900.000	0	2.900.000	2.900.000	0	2.900.000	2.900.000	0	
1.8800.95040.2	Abriß Eckhaus Eschweilerstraße	0	60.000	-60.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	187															
		4.355.400	4.888.700	-533.300	0	0	2.945.800	4.005.800	-1.060.000	2.945.800	2.955.800	-10.000	2.945.800	2.955.800	-10.000	